

Die Sozialdemokratie und die Eingemeindung 1926/1928 im Rahmen der 135-jährigen Geschichte der Dotzheimer SPD

Seit 140 Jahren gibt es eine sozialdemokratische Parteistruktur in Deutschland und seit 135 Jahren in Dotzheim - eine Kontinuität, auf die wir stolz sein können und die lediglich während der letzten Jahre der Nazi-Diktatur unterbrochen wurde.

Ich möchte zunächst auf diese „roten“ Wurzeln eingehen, ehe ich dann das Eingemeindungsthema aufgreife.

Die Sozialdemokratie war lange Zeit nicht nur einfach eine Partei, sondern auch und zuerst eine soziale Bewegung, bei der sich schwer sagen lässt, wann sie sich gebildet hat; exakte Entstehungsdaten gibt es jedenfalls nicht. Als Geburtsstunde gilt „parteihistorisch“ der 23. Mai 1863 – ein mittlerweile 140 Jahre zurückliegendes Ereignis:

Damals gründete Ferdinand Lassalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Von diesem Zeitpunkt an lässt sich von einer ungebrochenen Kontinuität der sozialistischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und Partei sprechen, die fortan als eigenständige politische Organisation auftrat und ihre gesellschaftspolitischen Forderungen vertreten konnte.

Ferdinand Lassalle war eine schillernde Persönlichkeit: Jüdischer Großbürgersohn, Bohemien, Jurist, Intellektueller. Als Anwalt vertrat er in 36 Prozessen vor 20 Gerichten die Gräfin Sophie von Hatzfeldt in ihrem Ehescheidungsverfahren und starb an den Folgen eines Duells wegen einer Liebesgeschichte 1864 in Genf - nicht gerade das typische Ende eines Arbeiterführers. Die Gräfin wurde übrigens 1881 im Familiengrab in Frauenstein beigesetzt.

Obwohl Lassalle nur 15 Monate amtierte, war es ihm doch gelungen, der Sozialdemokratie seinen Stempel aufzudrücken. Er war überzeugt, dass allgemeines Wahlrecht und sozialer Fortschritt untrennbar zusammen gehörten und seine Anhänger dachten ebenso. Daraus folgte eine gewisse „Domestizierung“: Man war erpicht auf Wählbarkeit, Öffentlichkeit, Berechenbarkeit – also keine subversive oder gar terroristische Truppe, die auf revolutionäre Gewalt setzte.

Auch der Auf- und Ausbau der Organisation hatte einen hohen Stellenwert. Im Übrigen hielt man zu Preußen und unterstützte dessen „kleindeutsche Lösung“, also ein deutsches Reich ohne Österreich.

Aus anderem Holz geschnitzt war demgegenüber die zweite Formation der Arbeiterschaft um den sächsischen Drechslermeister August Bebel und den hessischen Journalisten Wilhelm Liebknecht, die 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gründeten – weniger zentralistisch als der ADAV, weniger autokratisch, dafür großdeutsch orientiert.

Anfangs befehdeten sich beide Gruppierungen voller Inbrunst. Erst wachsender obrigkeitlicher Druck im 1870er Kaiserreich und die verheerenden Folgen des Gründerkrachs von 1873 mit seinen Firmenzusammenbrüchen und Massenentlassungen ebneten den Zusammenschluss, der als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands 1875 in Gotha vollzogen wurde. 1891 in Erfurt folgte die endgültige Namensgebung **„Sozialdemokratische Partei Deutschlands“**.

Und wie begann es in Dotzheim?

Die Anfänge

Am Freitag, 31. Januar 1868, meldete der Rheinische Kurier aus Dotzheim: „Nächsten Sonntag, 2. Februar, findet im Gasthaus „Zum Hirsch“ eine Allgemeine Arbeiterversammlung statt. Bei derselben sollen die Lage der arbeitenden Klasse und die Mittel zur Hebung derselben zur Sprache kommen.“

Dass es sich hierbei um eine Veranstaltung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) handelte, geht aus einer Nachricht des Wiesbadener Anzeigers vom 2. Februar 1868 hervor.

Dass das Gebäude, in dem wir heute tagen, das Gasthaus „Zum Hirsch“ war, ist zweifelsfrei. Historisch strittig könnte allenfalls sein, ob dieser Festsaal Tagungslokal war oder unten die „Gut Stubb“.

Gehen wir mal vom heutigen Andrang aus, so spricht alles für diesen Festsaal

Mittlerweile hatte ein Frankfurter, Johann Baptist von Schweitzer, die Nachfolge Lassalles als ADAV-Präsident angetreten.

In Wiesbaden machte ein weiterer Adliger, Leonhard von Bonhorst, in den politischen Zirkeln der Stadt von sich reden. Er fand im Herbst 1867 Anschluss an die „Lassalleaner“ und erreichte, dass von Schweitzer ihn zum Bevollmächtigten für den Wiesbadener Raum berief. Dann aber schloss sich von Bonhorst der Bebelschen Richtung an.

Dass es damals - 1868 - tatsächlich eine sozialdemokratische Gruppierung in Dotzheim gab, folgt daraus, dass Leonhard von Bonhorst sie auf dem Gründungskongress der Bebelschen „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ am 7./8. August 1869 in Eisenach vertrat.

Zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches 1870 hatte Dotzheim 1.700 Einwohner. Damals war der Bauer Friedrich Jakob Wintermeyer Bürgermeister (1866 –80).

Als Reichskanzler Bismarck 1878 das „Sozialistengesetz“ durchgesetzt hatte, wurden auch Dotzheims Sozialdemokraten für 12 Jahre in die Illegalität getrieben. Alle Versammlungen waren verboten, Informationsschriften durften nicht verteilt werden, die Kgl. Polizei bespitzelte jede Zusammenkunft, sei es in den Wohnungen, sei es in den Kneipen. Doch die Genossen waren trickreich genug, die „Schutzmänner“ und deren Obere immer wieder zu überlisten.

Vorsorglich legte man beim Kgl. Landratsamt Wiesbaden eine neue Akte an:

„Special – Acten btr. Gemeingefährliche Bestrebungen der Socialdemokratie“

Erste Erfolge

Am 29. September 1883 musste der seit 1881 amtierende Bürgermeister Georg Heil gegenüber dem Landrat einräumen, dass es auch in Dotzheim Anhänger der Sozialdemokratie gab. Denn das Ergebnis der Reichstags-Ersatzwahl vom 06.08.1883 war eindeutig: Bei 157 abgegebenen Stimmen entfielen 48 % (= 76 Stimmen) auf den SPD-Kandidaten, den Schreinermeister Franz Joest aus Mainz.

Das war eine Sensation gegenüber den vorangegangenen Wahlen von 1878 (Wilhelm Liebknecht (* 1826 Gießen) holte nur sieben Stimmen = 2,8 %) und 1881

(Liebknecht 15 Stimmen = 6,6 %), obwohl Heil abwiegelte und einen Handwerker zitierte, der ihm gesagt habe: „Mein Bruder bringt das alles von Frankfurt mit; der weiß die Sache besser, wir machen nur so mit“. Am 8. März 1884 meldete Bürgermeister Heil in seinem obligatorischen „Semesterbericht“, von einer besonderen Agitation sei gegenwärtig nichts zu bemerken – die Reichstagswahl vom 28.10.1884 konterkarierte seinen Optimismus: Mit 123 von 227 abgegebenen Stimmen der 482 wahlberechtigten Dotzheimer schafften die „Roten“ erstmals die absolute Mehrheit (exakt: 54,2 %). Nach dem Ausklang der Bismarck-Herrschaft und dem Fall des „Sozialistengesetzes“ im Jahre 1890 ergab sich für die Arbeiterbewegung ein größerer Spielraum, auch wenn die permanente Überwachung blieb.

Nun setzte verstärkt die Gründung von lokalen Fachvereinsablegern in Dotzheim ein, so

- 1896 der Maurer
- 1898 der Tüncher und Weißbinder
- 1904 der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter.

1897 lässt sich eine Streikbeteiligung der Dotzheimer Maurer nachweisen: Der Frauensteiner Bürgermeister führte Klage darüber, dass zwei Frauensteiner Streikbrecher von Dotzheimer Berufskollegen verprügelt worden seien. Noch ins alte Jahrhundert – 1899 – reichte der Arbeiter-Gesangverein Dotzheim zurück, der sich 1919 mit der „Liederblüte“ zusammenschloss. Unter Wilhelm Körppen feierte er in den 20er Jahren große Erfolge.

1902/03 folgte der Arbeiter-Radfahr-Verein, 1908 die Freie Turnerschaft.

Bei den Reichstagswahlen, bei denen (nur) alle Männer wahlberechtigt waren, zeigte sich deutlich die Entwicklung zum „roten Dotzheim“. Selbst als 1897 ein Mitglied der Sippe Wintermeyer, der Wiesbadener Louis Wintermeyer, für die Freisinnigen – erfolgreich – kandidierte, blieb man „vor Ort“ dem SPD-Kandidaten Dr. Queck treu, der mehr als doppelt so viele Stimmen erhielt als seine drei bürgerlichen Konkurrenten zusammen.

Doch nur einmal gelang es im Kaiserlichen Deutschland einem Sozialdemokraten, den II. Nass. Wahlkreis zu erobern: 1907 schaffte dies Gustav Lehmann, der in Dotzheim in der Stichwahl 876 Stimmen (= 78,7 %) holte. Sein Gegner, Kommerzienrat Bartling, erhielt nur 237 Stimmen (= 21,3 %).

Die Dotzheimer Zeitung im Originalton:

„Man glaubte noch immer nicht, dass die rote Partei gesiegt hatte, doch Boten aus der Stadt bestätigten diese Tatsache“.

In der „Krone“ muss es am Abend des 5. Februar 1907 hoch hergegangen sein: „Nach Bekanntgabe jedes neuen günstigen Wahlergebnisses erschollen brausende Hochrufe bis spät in die Nacht hinein“.

Bei den Gemeindewahlen zementierte das preußische Dreiklassenwahlrecht die Vorherrschaft der eingesessenen Bauern- und Handwerkerfamilien, so dass den Sozialdemokraten nur in der 3. Klasse dann und wann ein Erfolg gelang, so 1900 mit Philipp Hescher oder 1904 mit dem Tüncher Ferdinand Menges.

Schwieriger wurde es auch dadurch, dass der aus der Wiesbadener „Hilf“ stammende Weißbinder Theodor Bach, ein engagierter Klassenkämpfer und begabter Demagoge, an Einfluss gewann und die örtliche „Szene“ – Partei, Gewerkschaft, Arbeitervereine – meisterhaft beherrschte.

Erst als man sich der alten Lassalleschen Tugend der Wählbarkeit – sprich: Vermittelbarkeit bei den Wählern – besann und Theo Bach von Kandidaturen abbrachte, erwies sich die SPD zumindest in der III. Klasse als wählbar: Bei Kriegsausbruch 1914 jedenfalls herrschten in Bierstadt, Dotzheim und Schierstein klare Verhältnisse: Die SPD stellte jeweils alle 6 Vertreter in der III. Klasse.

In den Kriegs- und Nachkriegszeiten wuchsen Macht und Einfluss von Theo Bach. Er war Vorsitzender des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates und schloss sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) an, die sich 1917 von der SPD abgespalten hatte.

Theo Bach wurde Vorsitzender sowohl der Dotzheimer USPD als auch zeitweise des Gewerkschaftskartells und er lehrte Mehrheitssozialisten und Bürgerliche das Fürchten: Mit Parolen wie:

„Fort mit dem bürgerlichen Klüngel !
Fort mit den Schein-Sozialisten !“

eroberte er bei der ersten demokratischen Kommunalwahl im Oktober 1919 – acht Sitze, während die SPD und die Bürgerlichen jeweils nur 5 Sitze errangen. Die Folge war, dass sich die SPD mit den Bürgerlichen arrangierte, um die extreme Linke zu überspielen.

Dass ein solcher Kurs der Arbeiterschaft nur schwer zu vermitteln war, liegt auf der Hand.

1921 schloss sich die Dotzheimer USPD der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an, wodurch sich die örtliche Polarisierung vertiefte. Auch 1924 erreichte die KPD bei der Kommunalwahl 8 Sitze, während die SPD von 5 auf 4 Sitze zurückging.

Aber dann zeigte sich ein interessantes Phänomen: Bei den Reichstagswahlen von 1924 lag die SPD mit 1.163 von 2.882 abgegebenen Stimmen (40,4 %) weit vor der KPD mit 620 (21,5 %).

Hier zeigte sich, dass die Dotzheimer mehrheitlich sozialdemokratisch empfanden, aber bei den Gemeindewahlen das persönliche Engagement ihres „Wutze-Baabe“, wie Theo Bach von Freunden und Gegnern genannt wurde, honorierten.

Ein Höhepunkt der kommunalpolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit war die Frage der Wiederwahl des seit 1913 amtierenden Dotzheimer Bürgermeisters Eduard Sporkhorst, die 1925 akut wurde.

Bach kreierte ihm eine unsoziale Einstellung während der Notzeit im Kriege an, während der SPD-Repräsentant August Hölzel, Schöffe im Gemeindevorstand seit 1924, Gewerkschaftssekretär und Vorstandsmitglied einiger Arbeitervereine, sich emotionslos für die Wiederwahl aussprach, weil er erkannt hatte, dass in der wohl unvermeidlichen Eingemeindungs-Diskussion der bürgerliche Verwaltungsexperte Sporkhorst seiner Heimatgemeinde wertvolle Dienste leisten konnte.

Bachs Vorstoß scheiterte also, Sporkhorst wurde am 17. März 1925 mit 10: 8 Stimmen für 12 Jahre im Amt bestätigt.

Nun, was hatte es auf sich mit dieser

Eingemeindungsfrage?

Während Frankfurt seit 1877 und Mainz seit 1907 schon eifrig am Werk waren, ihr Stadtgebiet zu arrondieren, suchte Wiesbaden während der Amtszeit des Oberbürgermeisters Carl von Ibell 1883/1913 das Heil in der Nichteingemeindung, um den Charakter der „Weltkurstadt“ zu bewahren und nicht durch rauchende Schloten (und das zugehörige Proletariat) beeinträchtigen zu lassen.

Auch der Versuch, mit Sonnenberg zu einer Einigung zu kommen, misslang, weil die Wiesbadener Verhandlungsdelegation „kalte Füße“ bekommen hatte und aus Furcht vor Berufungsfällen beim Kanal- und Straßenbau dem eigenen Parlament am 2. Dezember 1899 die Ablehnung des ausgehandelten Vertrages empfahl, was dann auch prompt geschah.

Mehr unter die Rubrik „Curiosa“ fällt dann der Vorstoß der Dotzheimer im Jahre 1912: Augenscheinlich um nach der Beurlaubung des Bürgermeisters August Rossel - er hatte sich durch Großzügigkeit bei Bagatellsachen mit seinen Ortspolizisten überworfen, die ihn anzeigten, - ein langwieriges Ausschreibungsverfahren zu vermeiden, hatte man der Stadt Wiesbaden kurzerhand die Eingemeindung angeboten. Angesichtes der damals noch intensiv rauchenden (Fabrik-)Schornsteine von M.W., Carl Benders Mausefallenproduktion, Fauthscher Ölmühle und diverser Kapselabriken ging man im Magistrat arroganterweise zur Tagesordnung über.

Erst die bald darauf einsetzenden Kriegs- und Krisenzeiten veränderten die wirtschaftliche und politische Landschaft: Die vormals so strahlende, reiche „Weltkurstadt“ verarmte und wurde von Soziallasten fast erdrückt. Plötzlich waren Wirtschaftsansiedlungen gefragt und rauchende Schloten wurden gern in Kauf genommen.

Interessiert war man an

**Sonnenberg
Schierstein
und Biebrich.**

Eine Schlüsselrolle fiel dabei dem Hafenort Schierstein zu. Hier hatte die Stadt Wiesbaden am Ausbau des Hafens wie auch des Wasserwerks zwischen Schierstein und Walluf höchstes Interesse. Wegen des Hafenausbaus und der damit in Verbindung stehenden Industrieansiedlungen hatte man bei Prof. Hirsch - Aachen ein Gutachten in Auftrag gegeben, das 1921 (intern) vorgelegt wurde und eine Ausbaufäche von insgesamt 150 ha vorsah. Schierstein wäre hinter Kohlenschuppen, Lagerhäusern und Bahndämmen verschwunden.

Im Mai 1921 gaben die Körperschaften von Wiesbaden und Schierstein „grünes Licht“ für den Eingemeindungsvertrag. Doch bei der nächsten Kommunalwahl 1924 gewannen die Bürgerlichen die Mehrheit und kämpften mit allen Mitteln gegen die Eingemeindung. Die Genossen, denen es um mehr Arbeitsplätze ging, deuteten an, dass Wiesbaden mit Schiersteins Hafen großartige Pläne habe, über die sie allerdings nicht reden dürften. Das machte die neue Mehrheit verständlicherweise erst recht misstrauisch und sie versuchte alles, um den Eingemeindungsvertrag zu kippen. Wegen der allgemeinen Wirtschaftslage blieb das Hirsch-Gutachten im Tresor.

Dass Biebrich einzugemeinden sei, war allen Beteiligten klar. Unklar war nur, welche Biebricher „Alleingänge“ auf kommunalwirtschaftlichem Sektor – es ging um die Expansionsbestrebungen des Gaswerksverbandes Rheingau – Wiesbaden hinnehmen würde. Hier, wie im Fall Schierstein, brachte erst das entsprechende preußische Eingemeindungsgesetz den „Schluss der Debatten“.

Bis zu seiner Verabschiedung im Landtag am 13. Oktober 1926 musste der Gesetzentwurf noch einige parlamentarische Hürden nehmen. Eine dieser Hürden hieß überraschenderweise **Dotzheim**.

Ob Theo Bach durch das Schiersteiner Sträuben gegen die Eingemeindung plötzlich Morgenluft witterte, muss offen bleiben, jedenfalls brachte er nun die Karte „Dotzheim“ ins Spiel. Am 31. März 1926 stellte er im Gemeindevorstand den Antrag, sich für die Eingemeindung auszusprechen. Als er hierfür keine Mehrheit fand, brachte er den Antrag kurzerhand am 18. April 1926 beim Treffen des Gewerkschaftskartells in der „Krone“ als Resolution ein, die einstimmig gebilligt wurde.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Müller (Frankfurt am Main) nahm an der Versammlung teil und berichtete arglos von Gesprächen mit Wiesbadens Oberbürgermeister Fritz Travers, der seit Juni 1925 amtierte und ihm bedeutet habe, mit Dotzheim sei gar nicht erst verhandelt worden, weil es sich um eine „**arme Arbeitergemeinde**“ handele.

In der nächsten Sitzung der Dotzheimer Gemeindevertretung am 03. Mai 1926 kam es unter TOP 3 „Eingemeindungs-Angelegenheiten“ zu einem spektakulären Eingeständnis des Bürgermeisters Sporkhorst: In Geheimverhandlungen habe Travers nicht **nur von armer Arbeitergemeinde, sondern ausdrücklich von dem „elenden Nest Dotzheim“** gesprochen – so wörtlich im Protokollbuch der Gemeindevertretung.

Gegen diese Herabsetzung und Kritik verwahrte sich das Gremium einmütig, sprach sich aber trotz der oberbürgermeisterlichen Verbalinjurie mit 10 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Eingemeindung aus.

Die Wiesbaden/Dotzheimer Eingemeindungsstory, der es also von Anfang an an Irrungen und Wirrungen nicht gerade mangelte, wurde im Preußischen Landtag selbst zu einem regelrechten Gipfel an Wirrnis geführt:

Im zuständigen Landtagsausschuss, dem sog. „Gemeinde-Ausschuss“, schlug der Berichterstatter, der Deutschnationaler Abgeordnete Freiherr von Mirbach, am 9. Juni 1926 allen Ernstes vor, zwar Biebrich und Sonnenberg, anstelle des sich sträubenden Schierstein aber – Dotzheim einzugemeinden .

Die Kursänderung schlug in Wiesbaden wie eine Bombe ein; die Magistratsmeinung war: Lieber wollte man von jeglicher Eingemeindung Abstand nehmen als auf Schierstein zu Gunsten von Dotzheim verzichten.

Dotzheim selbst hatte hingegen keine grundsätzlichen Bedenken, beharrte allerdings auf vertraglicher Fixierung der Eingliederungsbedingungen. Inzwischen war der Gemeindeausschuss jedoch zurückgerudert und hatte die von der Regierung eingebrachte Vorlage mit 17:10 Stimmen unverändert angenommen (also mit Schierstein statt Dotzheim).

Die Nichtberücksichtigung Dotzheims wurde überraschenderweise dann im Rahmen der 2. Lesung des Wiesbaden betreffenden Neugliederungsgesetzes am 5. Juli 1926 durch den Kommunistischen Landtagsabgeordneten Kilian doch noch, wenn auch „ohne Not“, thematisiert: Es sei die „unglaublichste Schildbürgerei“ in der Geschichte der preußischen Kommunalverwaltung, Dotzheim, das fortan eine Insel im Stadtgebiet bilde, nicht einzugemeinden. Aus dem „Kragenkreis“ war in der Tat ein Landkreis aus zwei Teilen geworden (Dotzheim / Frauenstein / Georgenborn im Westen und 21 weitere Gemeinden im Osten).

Dann wurde der Abgeordnete K. klassenkämpferisch: Die KPD habe nie daran gezweifelt, dass die Wiesbadener großbürgerliche Mehrheit Dotzheim nicht eingemeinden wolle, weil dort die übergroße Mehrheit der Bewohner der proletarischen Klasse angehörte.

Man hört den Agitator Bach heraus, wenn Kilian fortfährt, vom proletarisch-kommunistischen Ort Dotzheim zu schwärmen, obwohl die KPD bei den Landtagswahlen 1924 mit ca. 600 Stimmen – hinter SPD (1200) und Bürgerlichen (1000) – erst den dritten Rang erreichen konnte. Als Kilian dann unverhohlen die Schaffung eines kommunistischen „roten Groß-Wiesbaden“ als politisches Ziel verkündete, das die Herrschaft der Großbourgeoisie in der Stadt brechen werde, in deren Namen – hört, hört - OB Travers erklären konnte, man wolle Dotzheim nicht haben, **weil es ein ganz dreckiges Nest sei, (also nicht nur arm und elend, sondern auch noch „dreckig“)**, war die Reaktion aller anderen Parteien klar: Sie schmetterten übereinstimmend den kommunistischen Änderungsantrag auf zusätzliche Eingemeindung von Erbenheim, Bierstadt und Dotzheim, hilfsweise nur von Dotzheim, ab.

Auch im Rahmen der 3. Lesung am 13. Oktober 1926, in deren Verlauf der Abgeordnete Kilian wieder gegen die „Bourgeoisie-Weltbadestadt“ wettete, änderte sich

nichts an der Mehrheitsverhältnissen.: Es blieb bei Biebrich – Schierstein – Sonnenberg.

Derweilen tat man im „elenden Nest“ das gescheiteste, was man tun konnte, man ging zur Tagesordnung über. Weder die Dotzheimer Zeitung noch die Wiesbadener Presse griffen die Travers'schen Tiraden auf, die die kommunistische Landtagsfraktion im Preußen-Landtag publik gemacht hatte. Doch: Wer macht sich schon die Mühe und liest Landtagssitzungsprotokolle...

Aber der Landhunger der Großstadt Frankfurt, die mit allen Mitteln um Höchst kämpfte, löste einen Domino-Effekt aus, der auch Dotzheim erfasste und um die kommunale Selbständigkeit brachte – exakt 800 Jahre nach der Ersterwähnung von 1128. Im Grunde ging es eigentlich nur noch darum, welche Gemeinden Wiesbaden zugeschlagen würden und welche zum neuen Main-Taunus-Kreis kämen. Die regionale SPD war gespalten. Einige plädierten auf der Parteikonferenz des Unterbezirks Wiesbaden Land im Oktober 1927 sogar für die Beibehaltung des Landkreises Wiesbaden.

Doch dann einigte man sich auf folgende Resolution:

„Die Kreiskonferenz des Landkreises Wiesbaden begrüßt den Vorschlag der Regierung in Bezug auf Vereinfachung der Verwaltung der Kreise Wiesbaden und Höchst am Main. Der Vorschlag verwirklicht längst gestellte Anträge unserer Partei in Staat und Gemeinde.

Die Konferenz erwartet von der Regierung die recht baldige Durchführung der großen Verwaltungsreform, damit die berechtigten Wünsche der Gemeinden, denen bei der diesmaligen Regelung nicht Rechnung getragen worden ist, in absehbarer Zeit entsprochen wird“.

Aber die „Reaktion“ schlief nicht, wie sich aus dem Artikel

„Sturmlauf gegen die Eingemeindung“

In der Volksstimme vom 18. Januar 1928 ergibt.

„Verschiedene Interessengruppen fürchten ihre Sondervorteile in Gefahr, wenn Wiesbaden durch Eingemeindung weiter vergrößert wird. Was sich so „die Wirtschaft“ nennt, hat versucht durch eine Denkschrift an den Staatsrat und Landtag den

Eingemeindungsplan zu meucheln. Obenan steht der Verein der Ladeninhaber in der Wilhelmstraße und den angrenzenden Gassen, die Maifestspielräumer und verwandte Berufe, was sich zusammen als Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs bezeichnet. Ferner haben diese Denkschrift unterzeichnet die Interessengemeinschaft für Handel und Industrie, der Kaufmännische Verein, der Verband Wiesbadener Industrieller, die Arbeitsgemeinschaft der Hotel – und Gastwirtevereine, der Gewerbeverein und die Landwirtschaft im Stadt- und Landkreis Wiesbaden. Der berühmte „Charakter der Kurstadt“ werde durch die Eingemeindungen zu Schaden kommen und werde immer mehr verwischt, heißt es in der Denkschrift, wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt.

Die Eingemeindung kam aber doch - zum 1. April 1928 - und brachte der Stadt Wiesbaden einen Zuwachs von 9 Landgemeinden, die nun zu Stadtteilen wurden.

Weitergehende Ambitionen der Stadt Wiesbaden, die sich auf Hochheim und Walluf bezogen, scheiterten. Doch immerhin gelang es der Stadt – entgegen den Vorstellungen der Regierung – noch Kloppenheim, Heßloch und Igstadt aus der Konkursmasse des Landkreises Wiesbaden zu retten. Schließlich blieb nur Georgenborn, das die Eingemeindung nach Wiesbaden ablehnte – und 1939 unter Verlust seines Gemeindewaldes seinen Willen schließlich durchsetzte und in Schlangenbad aufging.

Die ersten Kommunalwahlen von „Groß-Wiesbaden“ am 20. Mai 1928 zeigten, dass die Furcht Ibells und seiner politischen Erben vor einem Linksrutsch bei Eingemeindung von Industrievororten letztlich übertrieben war. Denn obwohl Sozialdemokraten (17 Sitze / vorher 12) und Kommunisten (7 Sitze / vorher 5) ihren Mandatsanteil erwartungsgemäß verbessern konnten, stellten die Bürgerlichen (26 Sitze / vorher 31) weiterhin die Mehrheit.

Dass allerdings 1928 die Nationalsozialisten mit 4 Vertretern ins Stadtparlament gelangten, war ein Menetekel. Bald sollte die dramatisch steigende „braune Flut“ die Mehrheitsverhältnisse auf den Kopf stellen: Der unaufhaltsame Weg in die Diktatur begann.

Liest man den offiziellen Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für 1928/29, so klingt es sehr nach „Danaergeschenk“, wenn dort ausgeführt wird: „Der Beginn des Rechnungsjahres brachte der Stadt Wiesbaden durch die so genannte Neueinteilung der Landkreise im Regierungsbezirk Wiesbaden einen ungewollten (!) Zuwachs von 9 Landgemeinden. Die Vergrößerung Wiesbadens durch diese neun Landgemeinden bedeutet für die Stadt eine jährliche Mehrbelastung von etwa 600 000 Mark“.

Und dennoch: Durch die zweite Eingemeindungswelle von 1928 umschloss das Stadtgebiet einen Wirtschaftsraum, der zwar, gemessen an den ursprünglichen Wiesbadener Erwartungen, recht klein war, der aber nun einheitlich geführt, verkehrsmäßig entwickelt und sozial betreut werden konnte. Und obwohl Biebrich, Schierstein und Dotzheim recht beachtliche Industriebetriebe eingebracht hatten, so lagen deren rauchende Schornsteine doch weit ab von der eigentlichen „Kurstadt“ in den Außenbereichen – Ibell ließ grüßen.

Klaus Kopp

(u. MA. Hildegard Rockland-Bierke)

Dotzheim, den 20. Dezember 2003